

Kann der EU-Abstimmungsmechanismus Europa noch vor Konflikten bewahren?

Es brauchte einen Donald Trump, um die Meinung vieler europäischer Bürger über ihre Staats- und Regierungschefs zu legitimieren: dumm und inkompotent.



8. Januar 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Unzuverlässige, pompöse, inkompetente Politiker

Es bedurfte Donald Trump, um die Meinung vieler europäischer Bürger über ihre Politiker zu legitimieren: dumm und inkompotent.

In einem kürzlich erschienenen Interview mit *Politico* sprach der US-Präsident Klartext und bekräftigte erneut seine bereits mehrfach geäußerte und betonte Meinung über die europäische Politik.

Leider hat er Recht: Die unglaubliche Oberflächlichkeit der sogenannten „European Willing Ones“ ist auffällig, da sie gleichzeitig unfähig, machtlos und von einer Art politischem Masochismus getrieben zu sein scheinen. Glücklicherweise besteht die EU aus 27 Staaten, die sich selbst bei kleinen Themen wie der notwendigen Abschaffung der Sommerzeit nur schwer einigen können. Wäre dies nicht der Fall, würde Brüssel uns innerhalb von 24 Stunden direkt in einen bewaffneten Konflikt mit Moskau hineinziehen. Ebenso beruhigend ist, dass bei wirklich entscheidenden Fragen – Verteidigung, Sicherheit, Krieg und Frieden, Steuern – EU-Entscheidungen nur einstimmig und nicht mit Stimmenmehrheit getroffen werden. Dies ist der letzte Rest an Entscheidungsautonomie, solange er noch besteht.

Der beunruhigendste und zugleich dramatischste Aspekt ist, dass diese oberflächlichen und unverantwortlichen Staats- und Regierungschefs darauf bestehen, Kiew zu drängen, einen Krieg fortzusetzen, der bereits verloren ist, den sie selbst weder führen noch wirtschaftlich unterstützen können

und der ohne die Unterstützung der USA – die Trump zurückziehen will – nun zwangsläufig schlecht enden wird.

Die europäische Strategie ist tragisch für die Ukrainer, die umso mehr Menschen und Territorium verlieren, je länger sie kämpfen, aber sie ist auch katastrophal für die europäischen Bürger. Trump, der über eine größere strategische Klarheit verfügt, hat selbst als Führer einer riesigen Militärmacht wie den USA verstanden, dass es keinen Sinn macht, eine sinnlose Konfrontation mit Russland bis hin zur Gefahr eines Atomkonflikts zu verlängern, und strebt nun ein direktes Abkommen mit Putin an, wobei er Selensky ignoriert. Der US-Präsident hat zugegeben, dass die NATO unter der Führung von Joe Biden eine entscheidende Rolle bei der Provokation des Konflikts gespielt hat, indem sie damit drohte, militärische Infrastruktur an die Grenzen Russlands zu verlegen und die Ukraine dazu zu drängen, ihre Neutralität aufzugeben.

Angesichts des nuklearen Risikos zieht es der amerikanische Präsident vor, die Beziehungen zu Moskau zu normalisieren, während die europäischen Staats- und Regierungschefs trotz ihres vollen Nachteils auf einen permanenten Krieg und die Verwandlung der Ukraine in ein Grab für ganz Europa ausgerichtet zu sein scheinen.

Ihre kognitive Verzerrung entspricht im Grunde genommen Trumps Urteil: Sie wollen am Verhandlungstisch sitzen und gleichzeitig den Konflikt weiter unterstützen. Wie ein altes Sprichwort sagt, werden diejenigen, die zerstören wollen, zuerst ihrer Vernunft beraubt. So bereitet sich ein Europa unter der Führung der unverantwortlichen Ursula von der Leyen auf einen Konflikt mit Russland vor – das nicht einmal der einzige erklärte ideologische Feind der EU ist. Die einzige Großmacht, die aus gegenseitigem Interesse potenziell ein Verbündeter Europas sein könnte, ist Russland, gegen das sich die Europäer jedoch wieder bewaffnen.

Vielelleicht ein letzter Ausweg

Wie funktionieren die Abstimmungsmechanismen innerhalb der Union? Zunächst einmal müssen wir zwischen den drei verschiedenen Organen unterscheiden.

Die EU-Kommission besteht aus einem Kollegium von Kommissaren, einem für jeden Mitgliedstaat, einschließlich des Präsidenten und etwaiger Vizepräsidenten. Die Kommissare vertreten nicht offiziell ihre jeweiligen Länder, sondern verpflichten sich, im allgemeinen Interesse der Union zu handeln. Die Kommission arbeitet nach dem Kollegialitätsprinzip, wonach Entscheidungen gemeinsam getroffen werden und die politische Verantwortung von allen Mitgliedern gemeinsam getragen wird.

Wenn die Kommission eine formelle Entscheidung treffen muss – beispielsweise einen Legislativvorschlag, einen Durchführungsrechtsakt oder eine politische Leitlinie –, erfolgt die Abstimmung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Kommissare. Jedes Mitglied hat nur eine Stimme, unabhängig vom demografischen oder politischen Gewicht seines Herkunftslandes. Es gibt keine Vatos oder gewichteten Stimmen. In der Praxis wird ein Vorschlag, wenn die Mehrheit des Kollegiums ihn billigt, zur offiziellen Position der Kommission, auch wenn einige Mitglieder dagegen gestimmt oder Vorbehalte geäußert haben.

Es ist jedoch anzumerken, dass formelle Abstimmungen in der Praxis relativ selten sind.

Die Kommission arbeitet in der Regel nach dem Konsensprinzip und versucht, interne Spaltungen zu vermeiden, die ihre politische Glaubwürdigkeit schwächen könnten. Der Präsident der Kommission spielt eine zentrale Rolle bei der Vermittlung zwischen verschiedenen Positionen und der Festlegung der Tagesordnung, hat jedoch kein individuelles Vetorecht.

Der Europäische Rat (European Council), hingegen ist das Gremium, das die allgemeine politische Ausrichtung der Union festlegt. Er setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Präsidenten der EU-Kommission und, falls erforderlich, dem Hohen Vertreter für Außenpolitik zusammen.

Er übt keine Gesetzgebungsfunktionen aus und verabschiedet keine Gesetze, legt jedoch die allgemeinen strategischen Leitlinien der EU zu Themen wie Außenpolitik, Sicherheit, Erweiterung, Sanktionen, internationale Krisen und institutionelle Reformen fest. Grundsätzlich beschließt der Europäische Rat im Konsens, kann jedoch in bestimmten, in den Verträgen vorgesehenen Fällen einstimmig oder mit qualifizierter Mehrheit abstimmen. Bei den sensibelsten Themen wie Außenpolitik und gemeinsame Sicherheit bleibt die Einstimmigkeit von zentraler Bedeutung, gerade um die Souveränität der Mitgliedstaaten zu wahren.

Schließlich gibt es noch den Rat der Europäischen Union (Council of the European Union), der zusammen mit dem EU-Parlament eine der beiden Legislative der Union bildet. Er setzt sich aus den für die jeweiligen Bereiche zuständigen nationalen Ministern zusammen und erörtert, ändert und verabschiedet die von der Kommission vorgelegten Legislativvorschläge, die er mit dem Parlament aushandelt.

Was die Abstimmung betrifft, so gilt im Rat der EU in der Regel die qualifizierte Mehrheit, die auf dem sogenannten doppelten Kriterium basiert: Es sind 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die mindestens 65 Prozent der Bevölkerung der Union repräsentieren, erforderlich. Bei besonders sensiblen Themen wie Außenpolitik, Steuern, Sicherheit, Verteidigung und Beitritt neuer Staaten ist jedoch Einstimmigkeit erforderlich.

Der Rat der EU gibt die Richtung für die EU-Politik vor, während der Europäische Rat gemeinsam mit dem Parlament Rechtsvorschriften erlässt, wobei je nach Sensibilität der Entscheidungen unterschiedliche Abstimmungsregeln gelten.

Glücklicherweise muss der EU-Rat in grundlegenden politischen und strategischen Fragen – wie Krieg und Verteidigung – einstimmig entscheiden. Dieses Prinzip wird von Pro-Europäern wie Macron, Draghi, von der Leyen und Italiens Präsident Mattarella selbst sowie von linken und Mitte-Links-Kräften in den Mitgliedstaaten stark angefochten. Im Gegensatz dazu verteidigen sogenannte Souveränisten wie Giorgia Meloni und Viktor Orbán die Beibehaltung der Einstimmigkeit, und dies ist einer der seltenen Fälle, in denen ihre Position völlig verständlich ist: Bei entscheidenden Fragen wie Frieden oder Krieg muss jedes Volk in der Lage sein, demokratisch durch seine eigenen repräsentativen Institutionen zu entscheiden.

Die Konzentration aller Entscheidungsbefugnisse in Brüssel wäre eine katastrophale und zutiefst undemokratische Entscheidung. Schließlich trifft sogar die NATO ihre Entscheidungen auf der Grundlage der Einstimmigkeit.